

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 27

19. März

1915

Bekanntmachung

über die Regelung des Verkehrs mit Gerste.
Vom 9. März 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Beschlagnahme.

§ 1. Mit dem Beginn des 12. März 1915 sind die im Reich vorhandenen Vorräte an Gerste für das Reich, vertreten durch die Zentralfstelle zur Beschaffung der Meeresverpflegung in Berlin, beschlagnahmt. Als Gerste im Sinne dieser Verordnung gilt auch geschrotene, gequetschte oder sonst zerkleinerte Gerste.

§ 2. Von der Beschlagnahme werden nicht betroffen:

- a) Vorräte, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum eines Militäriskus oder der Marineverwaltung, oder im Eigentum des Kommunalverbandes stehen, in dessen Bezirk sie sich befinden;
- b) Vorräte, die im Eigentum der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin stehen;
- c) Vorräte, die zehn Doppelzentner nicht übersteigen.

§ 3. An den beschlagnahmten Vorräten dürfen Veränderungen nicht vorgenommen werden, und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind nichtig, soweit nicht in den §§ 4, 22 etwas anderes bestimmt ist. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 4. Die Besitzer von beschlagnahmten Vorräten sind berechtigt und verpflichtet, die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Zulässig sind Verkäufe an die Meeresverwaltungen, die Marineverwaltung und die Zentralfstelle zur Beschaffung der Meeresverpflegung, sowie alle Veränderungen und Verfügungen, die mit Zustimmung der Zentralfstelle erfolgen.

Trotz der Beschlagnahme dürfen

- a) Halter von Zuchtstieren und Pferden, sowie Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe ihre Vorräte zum Füttern in der eigenen Wirtschaft verwenden;
- b) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihren Vorräten das zur Frühjahrseinstellung erforderliche Saatgut zur Saat verwenden;
- c) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe und Händler für Saatweide Saatgerste liefern, welche nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verlaufe von Saatgerste befaßt haben; andere Saatgerste darf nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde für Saatweide geliefert werden;
- d) Unternehmer landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe ihre Vorräte zur Herstellung von Nahrungsmitteln, insbesondere Mehl, Graupen, Malzextrakt, zur Herstellung von Gersten- und Malzsaft und von Bier, sowie zur Verneilung von Grünmalz für Brauereibrennerei und Preßhefefabrikation verarbeiten; im übrigen ist die Malzbereitung nicht zulässig; Bierbrauereien dürfen im März 1915 und dann vierteljährlich aus ihren Vorräten nur soviel Gerste verarbeiten, wie noch erforderlich ist, um die nach der Bekanntmachung, betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, vom 15. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) für sie festgesetzten Malzmengen zur Bierbereitung herzustellen.

§ 5. Die Wirkungen der Beschlagnahme endigen mit der Enteignung oder mit den nach § 4 zugelassenen Veräußerungen oder Verwendungen.

§ 6. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 1 bis 5 ergeben, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 7. Wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, verarbeitet oder sonst verbraucht, verkauft, laßt, oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen pflichtwidrig unterläßt, oder wer als Saatgerste erworbene Gerste zu anderen Zwecken verwendet.

II. Anzeigepflicht.

§ 8. Wer mehr als zehn Doppelzentner Gerste oder mehr als einen Doppelzentner Mengkorn aus Gerste und Safer mit dem Beginn des 12. März in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die Vorräte und ihre Eigentümer der zuständigen Behörde anzuzeigen, in deren Bezirke die Vorräte lagern. Die Anzeige über Vorräte, die sich zu dieser Zeit auf dem Transporte befinden, ist unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Vorräte, die zum Füttern, als Saatgut oder Saatgerste oder zur Verarbeitung (§ 4 Abs. 3a bis d) beansprucht werden, sind je besonders anzugeben.

§ 9. Die Anzeigen sind der zuständigen Behörde bis zum 25. März 1915 zu erhalten und von ihr bis zum 28. März 1915 dem Kommunalverbande weiterzugeben.

§ 10. Unternehmer gewerblicher Betriebe, die von der Befugnis des § 4 Abs. 3d Gebrauch machen, haben bis zum Fünften jeden Monats über die im abgelaufenen Monat eingetretenen Veränderungen ihrer Vorräte der Zentralfstelle zur Beschaffung der Meeresverpflegung Anzeige zu erstatten.

§ 11. Die zuständige Behörde ist berechtigt, zur Nachprüfung der Angaben die Vorrats- und Betriebsräume des Anzeigepflichtigen zu untersuchen und seine Bücher prüfen zu lassen.

§ 12. Wer die Anzeige nicht in der gesetzten Frist erstattet, oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Gibt ein Anzeigepflichtiger bei Erstattung der Anzeige Vorräte an, die er bei der Aufnahme der Vorräte am 1. Dezember 1914 verschwiegen hat, so bleibt er von der durch das Verschweigen verwirkten Strafe frei.

§ 13. Jeder Kommunalverband hat bis zum 3. April 1915 der Landeszentralbehörde und der Zentralfstelle zur Beschaffung der Meeresverpflegung je eine Nachweisung, getrennt für Gerste und für Mengkorn aus Gerste und Safer, einzureichen über:

- a) die Vorräte, die nach den Anzeigen mit Beginn des 12. März 1915 in seinem Bezirke vorhanden waren;
- b) die Vorräte, die hiervon im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum eines Militäriskus oder der Marineverwaltung, oder der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H., standen;
- c) die Vorräte, die hiervon in seinem Eigentum standen und sich in seinem Bezirke befanden;
- d) die Vorräte, die zum Füttern beansprucht werden;
- e) die Vorräte, die in seinem Bezirk als Saatgut beansprucht werden;
- f) die Saatgerste, die nach § 14 Abs. 2c von der Enteignung ausgenommen ist;
- g) die Vorräte, die nach § 14 Abs. 2d von der Enteignung ausgenommen sind;
- h) die Vorräte, die für die Enteignung übrigbleiben.

III. Enteignung.

§ 14. Das Eigentum an den beschlagnahmten Vorräten geht vorbehaltlich der Vorschriften im Absatz 2 durch Anordnung der zuständigen Behörde auf das Reich, vertreten durch die Zentralfstelle zur Beschaffung der Meeresverpflegung, über. Beantragt die Zentralfstelle die Uebertragung an eine andere Person, so ist das Eigentum auf diese zu übertragen; sie ist in der Anordnung zu bezeichnen. Von der Enteignung sind auszunehmen:

- a) bei Haltern von Zuchtstieren und Pferden, sowie bei Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe die zum Füttern in der eigenen Wirtschaft erforderlichen Vorräte;
- b) bei Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe das zur Frühjahrseinstellung erforderliche Saatgut;
- c) Saatgerste, die nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verlaufe von Saatgerste befaßt haben;
- d) bei Unternehmern landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe die zur Herstellung von Nahrungsmitteln, insbesondere Mehl, Graupen, Malzextrakt, zur Herstellung von Gersten- und Malzsaft, von Bier oder von Grünmalz für Brauereibrennerei und Preßhefefabrikation bestimmten Vorräte, bei Bierbrauereien nur diejenigen Vorräte, welche noch erforderlich sind, um die nach der Bekanntmachung, betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, vom 15. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) für sie bis zum 30. September 1915 festgesetzten Malzmengen zur Bierbereitung herzustellen.

Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das Saatgut aufbewahrt und zur Frühjahrseinstellung wirklich verwendet wird.

§ 15. Die Anordnung, durch die enteignet wird, kann an den einzelnen Besitzer oder an alle Besitzer des Bezirks oder eines Teiles des Bezirks gerichtet werden; im letzteren Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im letzteren Falle mit Ablauf des Tages nach Ausgabe des amtlichen Blattes, in dem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

§ 16. Der Uebnahmepreis wird unter Berücksichtigung des Höchstpreises, sowie der Güte und Verwerthbarkeit der Vorräte von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt.

Reißt der Besitzer nach, daß er zulässigerweise Vorräte zu

inem höheren Preise als dem Höchstpreis erworben hat, so ist statt des Höchstpreises der Einstandspreis zu berücksichtigen.

Soweit angezeiglichte Borräte nicht angezeigt sind, wird für sie kein Preis gezahlt. In besonderen Fällen kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen.

§ 17. Der Besitzer der enteigneten Borräte ist verpflichtet, sie zu verwahren und pfleglich zu behandeln, bis der Erwerber sie in seinen Gewahrsam übernimmt. Dem Besitzer ist hierbei eine angemessene Vergütung zu gewähren, die von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt wird.

§ 18. Bezieht sich die Anordnung auf Erzeugnisse eines Grundstückes, so werden diese von der Haftung für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden frei, soweit sie nicht vor dem 12. März 1915 zugunsten des Gläubigers in Beschlag genommen worden sind.

§ 19. Ueber Streitigkeiten, die sich bei dem Enteignungsverfahren ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 20. Wer die ihm als Saatgut zur Frühjahrseinstellung überlassene Gerste ohne Genehmigung der zuständigen Behörde zu anderen Zwecken verwendet, oder wer der Verpflichtung des § 17, enteignete Borräte zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder Geldstrafe bis 10 000 Mark bestraft.

IV. Sondervorschriften für unausgedroschene Gerste.

§ 21. Bei unausgedroschener Gerste erstrecken sich Beschlagnahme und Enteignung auch auf den Stroh.

Mit dem Ausdreschen wird das Stroh von der Beschlagnahme frei. Wird erst nach der Enteignung ausgedroschen, so fällt das Eigentum am Stroh an den bisherigen Eigentümer zurück, sobald die Gerste ausgedroschen ist.

§ 22. Der Besitzer ist durch die Beschlagnahme oder die Enteignung nicht gehindert, die Gerste auszudreschen.

§ 23. Die zuständige Behörde kann auf Antrag desjenigen, zu dessen Gunsten Beschlagnahme oder enteignet ist, bestimmen, daß die Gerste von dem Besitzer mit den Mitteln seines landwirtschaftlichen Betriebes binnen einer zu bestimmenden Frist ausgedroschen wird. Kommt der Verpflichtete dem Verlangen nicht nach, so kann die zuständige Behörde das Ausdreschen auf dessen Kosten durch einen Dritten vornehmen lassen. Der Verpflichtete hat die Übernahme in seinen Wirtschaftsräumen und mit den Mitteln seines Betriebes zu gestatten.

§ 24. Der Uebernahmepreis ist gemäß § 16 festzusetzen, nachdem die Gerste ausgedroschen ist.

§ 25. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 21 bis 24 ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

V. Verteilung.

§ 26. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung hat die Aufgabe, für die Verteilung der verfügbaren Gerstenvorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte unter Mitwirkung eines Beirats zu sorgen.

§ 27. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung darf Gerste nur an die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung, Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler zugelassenen Stellen abgeben.

§ 28. Die Kommunalverbände verteilen die ihnen überwiesenen Borräte in ihren Bezirken unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Landeszentralbehörden können nähere Vorschriften über die Verteilung erlassen.

§ 29. Die Kommunalverbände oder die vom Reichskanzler zugelassenen Stellen können ihren Abnehmern für Weiterverkäufe bestimmte Bedingungen und Preise vorschreiben.

§ 30. Ueber Streitigkeiten, die bei der Verteilung (§§ 28, 29) entstehen, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 31. Wer den Verpflichtungen zuwiderhandelt, die ihm nach § 29 auferlegt sind, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

VI. Ausländische Gerste.

§ 32. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Gerste, die nach dem 12. März 1915 aus dem Auslande eingeführt wird.

VII. Ausführungsbestimmungen.

§ 33. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 34. Wer den von den Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 35. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als Gemeindevorstand, als Kommunalverband, als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

VIII. Schlußbestimmungen.

§ 36. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 9. März 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:

Delbrück.

Bekanntmachung

über die Regelung des Verkehrs mit Gerste.

Vom 12. März 1915.

Im Sinne der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Gerste vom 9. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 139) sind anzusehen:

- a) als Gemeindevorstand der Bürgermeister, in Städten von mehr als 20 000 Einwohnern der Oberbürgermeister;
- b) als Kommunalverband der Kreis;
- c) als zuständige Behörde das Kreisamt;
- d) als höhere Verwaltungsbehörde der Kreisausschuß.

Darmstadt, den 12. März 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Regelung des Verkehrs mit Gerste.

Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachungen und insbesondere die §§ 8, 9 und 12 der vom Bundesrat erlassenen fordern wir hiermit alle diejenigen, die mehr als zehn Doppelzentner Gerste oder mehr als einen Doppelzentner Mengkorn aus Gerste und Hafer im Gewahrsam haben, auf der Bürgermeisterei bis spätestens 25. März 1915 die Borräte und deren Eigentümer anzugeben und dabei besonders diejenigen Mengen anzuführen, die zum Füttern, als Saatgut oder als Saatgerste oder zur Verarbeitung (§ 4 Abs. 3 a—d) beansprucht werden.

Gießen, den 16. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

An den Bürgermeister der Stadt Gießen und an die Groß- Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Der Inhalt vorstehender Bekanntmachungen ist unter Hinweis auf obigen § 12 alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Formulare zur Aufnahme der Ihnen erstatteten Anmeldungen werden Ihnen alsbald zugehen. Die hiernach erwachsenen Ortslisten müssen am 27. März 1915 in unserem Besitz sein.

Gießen, den 16. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausführung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der durch die Verordnung des Bundesrats vom 25. Februar 1915 abgeänderten Fassung.

Vom 13. März 1915.

Auf Grund und in Ausführung des § 4 der Verordnung des Bundesrats über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 und des § 5 Absatz 2 des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) bestimmen wir das Nachstehende:

§ 1. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. und die nach § 1 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 zur Beschaffung von Dauerwaren verpflichteten Städte und Gemeinden werden gemäß § 2 Absatz 2 des Höchstpreisgesetzes ermächtigt, die Besitzer zur Ueberlassung von Schweinen aufzufordern, die sich im Großherzogtum Hessen befinden.

Die Aufforderung hat die Wirkung, daß Verfügungen über die von ihr betroffenen Schweine nichtig sind; den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

Derart erlassene Aufforderungen werden unwirksam, wenn sie nicht binnen einer Woche, nachdem sie den von ihnen Betroffenen zugegangen sind, durch Erlaß der Behörde (Kreisamt und in den Städten Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach und Worms Oberbürgermeister) bestätigt sind.

Von dem Erlaß einer Aufforderung nach Absatz 1 ist dieser Behörde unverzüglich Mitteilung zu machen und Ausspruch der Enteignungsanordnung zu beantragen.

Darmstadt, den 13. März 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung

betreffend Vorratserhebung und Bestandmeldung über Wolfram, Chrom, Molybdän, Vanadium und Mangan.

Nachstehende Verfügung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß jede Uebertretung (worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt), sowie jedes An-

reizen zur Übertretung der erlassenen Vorschrift, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, nach § 9 Ziffer „b“ des „Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851“ (oder Artikel 4 Ziffer 2 des „Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912“) mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird.

Von der Verfügung betroffene Gegenstände.

§ 1. a) Meldepflichtig sind vom festgesetzten Meldetag ab bis auf weiteres sämtliche Vorräte der nachstehend aufgeführten Klassen in festem und flüssigem Zustand (einerlei, ob Vorräte einer, mehrerer oder sämtlicher Klassen vorhanden sind), mit Ausnahme der in § 5 aufgeführten Bestände.

Klasse 23. Wolfram-Metall ausgeschlossenen Drähte mit einem Durchmesser von weniger als 0,5 mm.

Klasse 24. Wolfram-Eisen (Ferrowolfram).

Klasse 25. Wolfram-Stahl von 2 bis unter 10% Wolframgehalt, unverarbeitet, vorgearbeitet und in Fertigfabrikaten, sowie Abfälle und Altmaterial; ausgenommen sind bei Verbrauchern die Fertigfabrikate, welche sich in Gebrauch befinden, oder schon in Gebrauch waren und/oder für Verbrauchserlass auf Lager gehalten werden, insbesondere fertige Werkzeuge (nicht Werkzeug stähle), Kugellager, Magnete usw.

Klasse 26. Wolfram-Stahl von 10% und mehr Wolframgehalt, insbesondere Werkzeugstähle, unverarbeitet, vorgearbeitet und in Fertigfabrikaten, sowie Abfälle und Altmaterial; ausgenommen sind bei Verbrauchern die Fertigfabrikate, welche sich in Gebrauch befinden, oder schon in Gebrauch waren und/oder für Verbrauchserlass auf Lager gehalten werden, insbesondere fertige Werkzeuge (nicht Werkzeug stähle), Kugellager, Magnete usw.

Klasse 27. Wolfram in Erzen, in Schlacken, in Neben- und Zwischenprodukten, soweit nicht unter Klasse 23—26 fallend.

Klasse 28. Chrom als Metall und Ferrochrom.

Klasse 29. Chrom-Stahl mit mindestens 0,5% Chromgehalt, unverarbeitet, vorgearbeitet und in Fertigfabrikaten, sowie Abfälle und Altmaterial; ausgenommen sind bei Verbrauchern die Fertigfabrikate, welche sich in Gebrauch befinden, oder schon in Gebrauch waren und/oder für Verbrauchserlass auf Lager gehalten werden, insbesondere fertige Werkzeuge (nicht Werkzeug stähle), Kugellager, Magnete usw.

Klasse 30. Chrom in Chromsalzen.

Klasse 31. Chrom in Erzen, in Schlacken, in Neben- und Zwischenprodukten, soweit nicht unter Klasse 28—30 fallend.

Klasse 32. Molybdän als Metall.

Klasse 33. Molybdän in Legierungen, unverarbeitet, vorgearbeitet und in Fertigfabrikaten, sowie Abfälle und Altmaterial; ausgenommen sind bei Verbrauchern die Fertigfabrikate, welche sich in Gebrauch befinden, oder schon in Gebrauch waren und/oder für Verbrauchserlass auf Lager gehalten werden, insbesondere fertige Werkzeuge (nicht Werkzeug stähle), Kugellager, Magnete usw.

Klasse 34. Molybdän in Erzen, in Schlacken, in Neben- und Zwischenprodukten, soweit nicht unter Klasse 32 und 33 fallend.

Klasse 35. Vanadium als Metall.

Klasse 36. Vanadium in Legierungen, unverarbeitet, vorgearbeitet und in Fertigfabrikaten, sowie Abfälle und Altmaterial; ausgenommen sind bei Verbrauchern die Fertigfabrikate, welche sich in Gebrauch befinden, oder schon in Gebrauch waren und/oder für Verbrauchserlass auf Lager gehalten werden, insbesondere fertige Werkzeuge (nicht Werkzeug stähle), Kugellager, Magnete usw.

Klasse 37. Vanadium in Erzen, in Schlacken, in Neben- und Zwischenprodukten, soweit nicht unter Klasse 35 und 36 fallend.

Klasse 38. Mangan als Metall und Manganeisen (Ferromangan) mit 70% und mehr Mangangehalt.

Klasse 39. Mangan als Manganeisen (Ferromangan) unter 70% Mangangehalt.

Klasse 40. Mangan in Eisen- und Stahlegierungen mit mindestens 20% Mangangehalt, unverarbeitet, vorgearbeitet und in Fertigfabrikaten, sowie Abfälle und Altmaterial; ausgenommen bei Verbrauchern die Fertigfabrikate, welche sich in Gebrauch befinden, oder schon in Gebrauch waren und/oder für Verbrauchserlass auf Lager gehalten werden, insbesondere fertige Werkzeuge (nicht Werkzeug stähle), und Maschinenteile.

Klasse 41. Mangan in Erzen.

b) Bei zusammen gesetzten Metallen (Legierungen), chemischen Verbindungen und Erzen ist sowohl das Gesamtgewicht, wie der Gewichtsanteil des Hauptmetalls der betreffenden Klasse zu melden. Hauptmetalle sind für Klasse 23—27 Wolfram; für Klasse 28—31 Chrom; für Klasse 32—34 Molybdän; für Klasse 35—37 Vanadium; für Klasse 38—41 Mangan.

Sind mehrere der anzumeldenden Metalle in einer Legierung vorhanden, so ist unter demjenigen Hauptmetall anzumelden, das den höchsten Prozentsatz ausweist.

c) Verbrauchern, welche den Gehalt an Hauptmetall in den anzumeldenden Werkzeugen und Werkzeugstählen der Klassen 25, 26, 29, 33, 36 und 40 nicht ermitteln können, ist gestattet, unter Nennung des Verwendungszweckes z. B. Schnellarbeitsstahl, Magnetstahl, Kugellagerstahl usw., diese Posten nach Wertklassen anzumelden und zwar

Wertklasse a) bis 150 M.,

Wertklasse b) über 150 M. bis 300 M.,

Wertklasse c) über 300 M.

für 100 kg Stahl.

Von der Verfügung betroffene Personen, Gesellschaften usw.

§ 2. Von dieser Verfügung betroffen werden:

a) alle gewerblichen Unternehmer und Firmen, in deren Betrieben die in § 1 aufgeführten Gegenstände erzeugt und/oder verarbeitet und/oder verbraucht werden, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und/oder bei ihnen unter Zollaufsicht befinden;

b) alle Personen und Firmen, die solche Gegenstände aus Anlaß ihres Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbs wegen in Gewahrsam haben, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und/oder bei ihnen unter Zollaufsicht befinden;

c) alle Kommunen, öffentlich rechtliche Körperschaften und Verbände, in deren Betrieben solche Gegenstände erzeugt und/oder verarbeitet und/oder verbraucht werden, oder die solche Gegenstände in Gewahrsam haben, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und/oder bei ihnen unter Zollaufsicht befinden;

d) alle Empfänger (in dem unter a, b und c bezeichneten Umfang) solcher Gegenstände nach Empfang derselben, falls die Gegenstände sich am Meldetag auf dem Versand befinden und nicht bei einem der unter a, b und c aufgeführten Unternehmer, Personen usw. in Gewahrsam und/oder unter Zollaufsicht gehalten werden.

Vorräte, die in fremden Speichern, Lagerräumen und anderen Aufbewahrungsräumen lagern, sind, falls der Verfügungsberechtigte seine Vorräte nicht unter eigenem Verschluss hält, von den Inhabern der betreffenden Aufbewahrungsräume zu melden.

Sind in dem Bezirk der unterzeichneten verfügenden Behörde Zweigstellen vorhanden (Zweigfabriken, Filialen, Zweigbüros usw. dergl.), so ist die Hauptstelle zur Meldung auch für diese Zweigstellen verpflichtet. Die außerhalb des genannten Bezirks (in welchem sich die Hauptstelle befindet) ansässigen Zweigstellen werden einzeln betroffen.

Umfang der Meldung.

§ 3. Die Meldepflicht umfaßt außer den Angaben über Vorratsmengen noch die Angabe, wem die fremden Vorräte gehören, welche sich im Gewahrsam des Auskunftspflichtigen befinden.

Inkrafttreten der Verfügung.

§ 4. Für die Meldepflicht ist der am 16. März 1915 (Melde- tag), mittags 12 Uhr, bestehende tatsächliche Zustand maßgebend. Für die in § 2 Absatz d bezeichneten Gegenstände tritt die Meldepflicht erst mit dem Empfang oder der Einlagerung der Waren in Kraft.

Sofern die in § 5 aufgeführten Mindestvorräte am 16. März 1915 nicht erreicht sind, tritt die Meldepflicht an dem Tage in Kraft, an welchem diese Mindestvorräte überschritten werden.

Ausnahmen.

§ 5. Ausgenommen von dieser Verfügung sind solche in § 2 gekennzeichneten Personen, Gesellschaften usw., deren Vorräte (einschließlich derjenigen in sämtlichen Zweigstellen) nicht überschreiten

in Klasse 23, 28, 32, 35 je 10 kg,
in Klasse 24, 33, 36 je 20 kg,
in Klasse 26, 27, 30, 31, 34, 37, 38, 39 je 150 kg,
in Klasse 25, 29, 40, 41 je 300 kg.

Meldestimmungen.

§ 6. Die Meldung hat unter Benutzung der amtlichen grünen Meldebögen für Metalle zu erfolgen, für die Bordrucke in den Postanstalten 1. und 2. Klasse erhältlich sind; die Bestände sind nach den vorgeordneten Klassen getrennt anzugeben; in denjenigen Fällen, in welchen genaue Werte nicht ermittelt werden können (z. B. der Reingehalt von Erzen), sind Schätzwerte einzutragen, sofern nicht die Bestimmung § 1 c zutrifft. Weitere Mitteilungen irgend welcher Art darf die Meldung nicht enthalten.

Die Meldebögen sind an die Metall-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des königlichen Kriegsministeriums, Berlin W. 66, Mauerstraße 63—65 (Fernsprecher Amt Zentrum, 11 509) vorschriftsmäßig ausgefüllt bis zum 31. März 1915 einschließlich einzureichen.

An diese Stelle sind auch alle Anfragen zu richten, welche die vorliegende Verfügung betreffen.

Die Bestände sind in gleicher Weise fortlaufend alle drei Monate (erstmalig wieder am 1. Juli) anzugeben unter Einhaltung der Einreichungsfrist bis zum 15. des betreffenden Monats.

(Ort), 15. März 1915.

(Verfügende Behörde)

Bekanntmachung.

Betr.: Beschlagnahme von Großvieh-Schuten. (Vgl. G. R. II c. 50 715 v. 21. 12. 15.)

Folgende Beschlagnahme-Verfügung des Kriegsministeriums wird hiermit bekannt gemacht:

„1. Alle Häute von Großvieh, die groß mindestens 10 kg, salzfrei mindestens 9 kg, trocken mindestens 4 kg wiegen, und zwar von

a) Bullen, das heißt unbeschnittenen männlichen Tieren,

b) Ochsen, das heißt beschnittenen männlichen Tieren,

- c) Kühen, das heißt Muttertieren, die geläbt haben oder be-
legt sind,
d) Rindern, das heißt allen nicht unter c genannten weib-
lichen Tieren,
werden hierdurch für die Deeresverwal-
tung beschlagnahmt. Die Häute unterlie-
gen einer Verfügungsbeschränkung der-
art, daß sie nur zu Kriegslieferungen ver-
wendet werden dürfen.

2. Um diese Verwendung zu regeln, hat das Kriegsministerium eine Gesellschaft gegründet, die Kriegslieferer-Altiengese-
llschaft mit dem Sitz in Berlin W. 8, Behrenstr. 46,
welche ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt und weder
Dividende verteilt, noch das eingezahlte Kapital verzinst. Das
Kriegsministerium, das Reichsmarineamt, das Reichsamt des In-
nern und das Königlich preussische Ministerium für Handel und
Gewerbe sind im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft vertreten.

Der Kriegslieferer-Altiengesellschaft angegliedert ist eine Ver-
teilungskommission, die nach einem von Zeit zu Zeit
neu aufzustellenden und jedesmal vom Kriegsministerium zu ge-
nehmigenden Verteilungsschlüssel die Häute allen Verbereien
Deutschlands, welche zu Kriegslieferungen verpflichtet worden sind
oder noch verpflichtet werden, zuzuweisen hat.

3. Die Häuteverwertungsverbände und die ihnen angeschlosse-
nen Vereinigungen haben sich dem Kriegsministerium gegenüber
verpflichtet, die Häute zu festen Preisen und Bedingungen der
Kriegslieferer-Altiengesellschaft durch Vermittlung einer vom Kriegs-
ministerium gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft, der Deut-
schen Rohhaut-Gesellschaft m. b. H. zuzuführen. In
ähnlicher Weise sind bisher mehrere Großhändler, deren Namen
noch in den Fachzeitschriften bekannt gegeben werden, vom Kriegs-
ministerium verpflichtet worden.

Kriegslieferungen im Sinne dieser Ver-
fügung, also erlaubte Lieferungen, sind daher bis
auf weiteres ausschließlich folgende Lieferungen:

- a) Die Lieferungen vom Schlächter bis in die Versteigerungs-
läger der Häuteverwertungsgemeinschaften oder Innungen
in derselben Weise wie bisher,
- b) die Lieferungen vom Schlächter an Kleinhändler (Samm-
ler), soweit der Schlächter denselben Personen oder Firmen
vor dem 1. August 1914 auch schon derartige Häute ge-
liefert hat,
- c) die Lieferungen von dem Kleinhändler (Sammeler) an die
zugelassenen Großhändler,
- d) die durch Vermittlung der Deutschen Rohhaut-Gesellschaft
m. b. H. und der zugelassenen Großhändler erfolgenden
Lieferungen an die Kriegslieferer-Altiengesellschaft,
- e) die Lieferungen von der Kriegslieferer-Altiengesellschaft an
die Verbereien.

Jede andere Art Lieferung sowie überhaupt jede andere Art
von Veräußerung ist verboten.

4. Behandlung des inländischen Gefälles. Das
von der Beschlagnahme betroffene Gefälle ist in der bisherigen
Weise sorgfältig abzuschlachten; das Gewicht der Haut ist sogleich
nach dem Erfallen festzustellen und in unverfälschter Schrift
(z. B. auf einer Blechmarke oder durch Stempeldruck) richtig zu
vermerken, außerdem ist die Haut unverzüglich sorgfältig zu
salzen.

5. Vorräte inländischen Gefälles der unter 1
gekennzeichneten Art, die nicht bei Häuteverwertungsgemeinschaften
(B) lagern, sind gut zu konservieren und, sofern sie mehr als
100 Haut betragen, sofort der Kriegslieferer-Altiengesellschaft, Ber-
lin W. 8, Behrenstr. 46, anzumelden. Vordrucke können von dort bezogen werden.

6. Vorräte ausländischen Gefälles. Besitzer von
Vorräten ausländischer, von Tieren der Gruppen a bis c stam-
mender Häute haben die Bestände gut konserviert zu erhalten und
übersichtlich zu lagern. Sie haben ferner eine genaue Lagerbuch-
führung einzurichten und die bei ihnen lagernden eigenen und
fremden Bestände, ferner ihre eigenen bei Spebiteuren oder öffent-
lichen Lagerhäusern lagernden Bestände jeweils bis zum 5. jedes
Monats nach dem Stande vom 1. desselben Monats der Kriegs-
lieferer-Altiengesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstr. 46, in übersicht-
licher Aufstellung zu melden. (Vordrucke können von dort bezogen
werden.)

Berlin, den 22. November 1914.

Der stellvertretende Kriegsminister.
von Wandel.

Von Seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Stabes:

de Graaff, Generalmajor.

Verichtigung.

In der Bekanntmachung vom 15. d. Mts. — Kreisblatt Nr. 26
vom 16. d. Mts. — betreffend: Verkehr mit Brotgetreide und
Mehl, ist in Zeile 3 von oben statt 220 Gramm zu lesen:
200 Gramm.

Gießen, den 16. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Anonyme Anzeigen.

In letzter Zeit sind mehrfach anonyme Anzeigen bei uns ein-
gegangen. Sie wurden einfach dem Papierkorb überwiesen. In
gleicher Weise wird auch künftig verfahren werden. Wer daher
eine sachgemäße Behandlung der von ihm angebrachten Angelegen-
heiten wünscht, besche seine Angaben mit seiner Namensunterschrift.
Gießen, den 16. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Einsendung der für die Landeswaisenanstalt zu er-
hebenden Kollekten und Büchfengelder.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, die das Waisenbüchfengeld noch nicht
abgeliefert haben, werden an die alsbaldige Einsendung erinnert.

Gießen, den 10. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Gemeindevoranschläge für 1915.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises.

Wir erinnern Sie hiermit an die umgehende Einsendung der
Voranschläge für 1915.

Gießen, den 15. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl
im Kreis Gießen.

Unter Zusammenfassung der in den Bekanntmachungen vom
25. Februar 1915, betreffend den Verkehr mit Brotgetreide und
Mehl (Kreisblatt Nr. 21) und vom 15. März 1. Jz. (Kreisblatt
Nr. 26) öffentlich bekanntgegebenen Kreisaußschußbeschlüsse gilt für
die Herstellung von Backwaren und den Verkauf von Mehl in
den Landgemeinden des Kreises folgendes:

1. Es dürfen außer Brötchen zu 50 Gramm das Stück nur
Roggenbrote von 2 und 4 Pfund Gewicht (auch wenn das Brot
im Privathaushalte gebacken wird) bereitet werden. Das Roggen-
brot darf höchstens 85% Roggenmehl enthalten und erst am
2. Tage nach seiner Herstellung verkauft werden. Höchstens 30 Ge-
wichtsteile des Roggenmehles dürfen durch Weizenbrotmehl ersetzt
werden. Das Verkaufsgewicht muß bei Roggenbrot 24 Stunden
nach der Herstellung vorhanden sein.

2. Das Bereiten von Kuchen, mürbem Gebäck und von sog.
Kreppeln ist auch im Privathaushalte verboten. Erlaubt ist die
Herstellung von Zwieback und solchen Konditorenwaren, die nicht
mehr als 20% Weizen- und Roggenmehl auf das Gesamtgewicht
enthalten.

3. Weizen- und Roggenmehl darf von den durch die Gemeinde
bestimmten oder zugelassenen Stellen ebenso wie Brot, Brötchen
und Zwieback nur gegen Brotmarken abgegeben werden. Zwei
Zwieback gelten für ein Brötchen.

4. Die Abgabe von Brot und Mehl nach außerhalb des Kreises
ist verboten.

Gießen, den 18. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Seidler.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Stand der Maul- und Klauenseuche im Kreise Gießen.
Sperrgebiete sind die Gemarkungen Wellersheim und Eberstadt.
Beobachtungsgebiete sind die Gemarkungen Bettenhausen und
Obbornhofen.

Gießen, den 18. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. bis 15. März l. Jz. wurden in hiesiger
Stadt

gefunden: 1 Kettenarmband, 1 Portemonnaie mit Inhalt,
1 wollener Strumpf, 1 Damenportemonnaie mit Inhalt;
verloren: 1 kleines Handtäschchen mit 2 Taschentüchern und
26 Mark Inhalt, 2 Knabenunterhosen, 1 Damenhandtasche
mit Portemonnaie, 1 schwarze Briefftasche mit Inhalt, 1 gol-
dener Ohrring mit Brillantstein, 1 dunkle Briefftasche mit
Papiergeld, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 brauner Kinder-
pelskragen, 1 grüne Damenhandtasche, 1 Bundepeitsche.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände be-
liehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem
Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nach-
mittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 17. März 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.